

Kommunalwahlprogramm BIG Frankfurt am Main 2021

Frieden in unserer Gesellschaft und Gerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens sind Themen, denen wir uns politisch widmen werden. Dazu werden neben einer gerechten Politik für Kinder – Jugend – Familie – Frauen sowie Senioren auch Gerechtigkeit in Bildung – Arbeit – Wirtschaft – Umwelt und Gesellschaft sowie die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben, unsere zentralen politischen Schwerpunkte sein. Indem wir bedarfsorientierte Lösungsvorschläge erarbeiten, möchten wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung als Frankfurter Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

I. Kinder & Bildung

Kinder sind unsere Zukunft!

Daher ist es wichtig frühzeitig in unsere Zukunft zu investieren. Das bedeutet für uns:

Unsere Kinder verdienen die bestmögliche Bildung, welche unabhängig von sozialen Umständen zugänglich gemacht werden soll. Das Thema der Digitalisierung in der Lehre rückt hierbei aufgrund ihrer Möglichkeiten und Potentiale immer mehr in den Fokus unserer Gesellschaft und ist die einzig sinnvolle Richtung, um den Anforderungen der neuen Generation der „digital natives“ gerecht zu werden.

Daher fordern wir:

- **Kostenlose Nutzung digitaler Endgeräte wie Tablets** soll für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden. Dies soll vor allem Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Verhältnissen die Teilhabe am Unterricht ermöglichen.
- Zur optimalen Nutzung der IT-Infrastruktur fordern wir ein **Schulnetzwerk**, welches die Internetnutzung innerhalb von Schulen und im ganzen Frankfurter Stadtgebiet ermöglicht.
- Durch das segregative Schulsystem scheitern viele Kinder aus sozial benachteiligten Familien sowie viele Kinder mit Vielfalt und enden am Rande dieser Gesellschaft, das ihnen nicht die Aufmerksamkeit schenkt, wie es zum Beispiel Kindern geschenkt wird, die bessere Voraussetzungen mitbringen. Schülerinnen und Schüler mit geringen Sprach- und/oder Deutschkenntnissen müssen wirksam unterstützt werden, sodass sie ihr

schulisches Potenzial in vollem Maße entfalten können. Hierfür können **digitale Sprachlehrangebote** über Software und Ferncoaching denkbar sein.

- Die **Förderung von Inklusion** an Schulen und Erziehungseinrichtungen durch die gezielte Qualifizierung von ErzieherInnen und LehrerInnen.
- **Mehr Lehrer und kleinere Klassen.** Hierfür muss aktiv die Möglichkeit des Quereinstiegs beworben und ermöglicht werden. Insbesondere Flüchtlinge haben oft einen akademischen Abschluss renommierter Universitäten und können mit einer gezielten Umschulung auf den Lehrdienst vorbereitet werden. Man würde somit nicht nur Steuerzahler dazu gewinnen, sondern die bisher gescheiterte Integrationspolitik würde auch einen gewaltigen Schritt nach vorne machen.
- Flächendeckende und bedarfsgerechte Einrichtung sowie Erhalt und Ausbau des **herkunftssprachlichen Unterrichts** in bestehenden Schulen.
- Um das **Miteinander und das interkulturelle Lernen** von klein auf zu fördern, die Sprachförderung in Kindergärten und Schulen zu intensivieren, interkulturelle und multilinguale Kitas sowie **Schulen der Vielfalt** einrichten, um somit auch die Separierung und Segregation der Schülerinnen und Schüler zu verhindern.
- **Ausbau von Kindertagesstätten- und OGS** (Offene Ganztagschulen)-Plätze müssen je nach Bedarf in den entsprechenden Stadtteilen ausgebaut werden. Kein Kind soll benachteiligt werden. Wir wollen gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Kinder ganz gleich aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Armut, Behinderung und Herkunft dürfen für kein Kind ein Hindernis für eine qualitative Betreuung darstellen. Dementsprechend muss auch die personelle Ausstattung vorangehen.
- Durch den Ausbau von **qualitativen und gebührenfreien Krippen- und Kinderbetreuungsplätzen** Eltern unterstützen. Vor allem müssen mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige ausgebaut werden.
- **Kein Kind darf hungern:** Die Beseitigung von Kinderarmut muss ein gemeinsames Anliegen der aller Bürger sein. Unabhängig der finanziellen Situation der Eltern fordern wir ein **kostenloses gesundes Frühstück oder Mittagessen** für alle Schülerinnen und Schüler, sowie an Kitas. Zusätzlich bedarf es auch der Förderung karitativer Initiativen, die sich speziell um die Kinderarmut in Bereichen wie die Übernahme von Kinderbetreuungskosten, sowie Kosten für Mittagessen und den Schulbedarf kümmern. Dadurch soll Gerechtigkeit für alle Kinder ermöglicht werden.
- **Gesunde Kinder brauchen eine ausgewogene Ernährung:** Wir fordern eine finanzielle Entlastung einkommensschwacher Familien, präventive Gesundheitsuntersuchungen und Ernährungsberatung für ihre Kinder.

- **Rundumbetreuung in der Schule:** Jede Klasse bekommt einen Schulasistenten, der die Lehrkraft unterstützt. Jede Schule stellt Schulpsychologen, -Pädagogen, -Sozialarbeiter ein. Die Sozialarbeiter oder die Lehrkräfte besuchen jeden Schüler einmal im Jahr zu Hause, um sich ein Bild vom sozialen Umstand des Schülers zu machen.
- **Eine gute Sprache ist Voraussetzung für eine gute Kommunikation:** Wir befürworten die frühkindliche Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr. Diese muss in Kindertagesstätten und Familienzentren ausgebaut und intensiviert werden. Insbesondere in sozialen Brennpunkten muss die personelle Ausstattung ausgebaut und entsprechende Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen angeboten werden.
- **Bildungsdiskriminierung abschaffen:** Gerecht ist, wenn alle Kinder und Jugendliche gleiche Chancen in unserem Bildungssystem haben. Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland benachteiligt laut eines UNO-Berichts Arme, Migrantenkinder und Behinderte. Deshalb plädieren wir für die Einführung von Gemeinschaftsschulen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Es ist für Kinder und Jugendliche von großem Nutzen, wenn sie alle länger gemeinsam und voneinander lernen. Denn so können sie ihre individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen optimal entwickeln. Aus diesem Grund befürworten wir das Modell der Ganztagschule.
- Stärkere Orientierung an dem **Erfolgsmodell bildungsstarker Länder:** Die Schule besitzt die Aufgabe der Inhaltsvermittlung. Eine gute Schule zeichnet sich dadurch aus, dass sie eng mit den Familien zusammenarbeitet. Die Schülerinnen und Schüler können nur dann optimal gefördert werden, wenn die Institution Schule, die Familie und die außerschulischen Träger miteinander kooperieren.
- **Interkulturelle Sensibilität in der Schule:** Ausbildung der Lehrkräfte und Einstellung zusätzlicher Fachkräfte, die in einem engen Verhältnis zu den Familien stehen und in der Schule für die Sensibilität im Umgang mit verschiedenen Kulturen sorgen.
- **Schule als zweites Zuhause:** Die Ganztagschulbetreuung in Frankfurt muss flächendeckend ausgebaut werden. Es muss eine städtische Unterstützungskasse für eine kostenlose, ausgewogene und gesunde Mittagsmahlzeit für Kinder und Jugendliche aus einkommenschwachen Familien eingerichtet werden. In der Ganztagschule sollen Schüler je nach Bedarf mit einem intensiven, zielgerichteten Nachhilfeunterricht individuell unterstützt werden. Wir fordern eine Ganztagschule, in der mehr geschieht als nur Pauken. Aktivitäten aus vielfältigen Bereichen wie Kultur, Sport, und Freizeit, die von außerschulischen Fachkräften angeboten werden können, gehören auch zu einer ganzheitlichen Erziehung. Auch die Eltern müssen als mitwirkende Akteure im schulischen Leben anerkannt und ihre Partizipation gefördert werden.

- **Behinderung ist kein Hindernis:** Für Kinder mit einer Behinderung müssen Integrative Plätze in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bedarf es der Förderung aller Träger, insbesondere der Elterninitiativen.
- **Kein Kind darf Gewalt erfahren:** Sei es in der Familie, in der Gesellschaft oder in Einrichtungen. Zur Gewalt gehört neben der körperlichen Gewalt auch die verbale Diskriminierung. Insbesondere müssen Kinder mit Behinderung, Lernschwäche oder anderer Herkunft sowie Scheidungskinder vor Diskriminierung geschützt werden. Hierzu fordern wir eine Anlaufstelle für Betroffene.

II. Jugend, Sport & Kultur

Unsere Jugend hält die Zukunft dieser Stadt in ihren Händen. Deshalb sind die besten Investitionen die wir tätigen können diese, die in unsere Jugend fließen. Wir mussten feststellen, dass vor allem Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen oft ein geringes Bewusstsein über ihre Möglichkeiten und Perspektiven haben und somit uns als Potentiale für die Stadt verloren gehen. Dieses Bewusstsein muss gestärkt werden!

Deshalb möchten wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- **Freie Räume für freie Zeiten:** Jugendliche brauchen Freiräume zur Gestaltung ihrer Freizeit und ihrer Zukunft. Daher fordern wir die **Restrukturierung von bestehenden Jugendzentren sowie die Einrichtung von interkulturellen Jugendzentren** als Anlaufstelle zur Orientierung und Perspektivenplanung. Es wird Kicker oder Billard gespielt, man trifft sich mit Freunden und verbringt seine Zeit im Jugendzentrum. Jugendzentren müssen mehr als das bieten, denn das sind wir der Jugend, die unsere Zukunftsträger sind, schuldig! Stadtteilbezogen müssen einige Jugendzentren je nach Bedarf der Jugendlichen konzeptionell und personell ausgebaut werden. Insbesondere in den Stadtteilen, in denen viele Jugendliche mit Migrationshintergrund leben, ist es wichtig, qualifiziertes Personal mit interkultureller Kompetenz, oder noch besser mit Migrationshintergrund, einzustellen. Beratungsangebote und Qualifikationsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, sowie Bewerbungstrainings müssen in Jugendzentren zum Standardprogramm gehören. Darüber hinaus sollten Aufklärung und Hilfe in bürokratischen Angelegenheiten angeboten werden, um jungen Menschen den Einstieg in das Arbeitsleben am komfortabelsten zu gestalten.
- Bessere **Qualifizierungsmaßnahmen** für arbeitssuchende Jugendliche, um Chancen und Perspektiven zu schaffen.
- **Jugendliche können mehr, wenn man sie fördert:** Hier müssen alle an einem Strang ziehen. Sowohl die Schulen, die Agentur für Arbeit, als auch die Wirtschaft und diverse Frankfurter Bildungsträger müssen ein schlüssiges Gesamtkonzept erstellen. Jugendliche mit einem schlechten Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss bedürfen

Auffanginstitutionen, die ihnen berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen anbieten. Hierzu gehört neben der Hilfestellung bei der beruflichen Orientierung auch die intensive Unterstützung Jugendlicher beim Übergang Schule/Beruf sowie die gemeinsame Konzeption individueller zukunftssicherer Job- und Berufsperspektiven, damit Jugendliche einen Anschluss an ein reguläres Ausbildungs- und Beschäftigungssystem finden können.

- Ein **Jugendparlament** für die Stadt Frankfurt, zur besseren Einbindung der Interessen und Wünsche der Frankfurter Jugend. Das Jugendparlament soll Entscheidungsbefugnisse und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, da wir davon überzeugt sind, dass die Jugend am besten weiß, was sie will.
- Der **Erhalt und Ausbau von Sportangeboten und -plätzen, sowie Kultureinrichtungen**. Solche Orte stellen eine ausgezeichnete Begegnungsstätte für Jugendliche verschiedenen sozialen, ethnischen und kulturellen Hintergründen dar, in welcher das gegenseitige Kennenlernen ermöglicht und Freundschaften innerhalb der Frankfurter Bevölkerung gestärkt werden.
- **Kunstrasenplätze** für alle Sportplätze. Vor allem der Fußball als traditionell deutscher Kultursport muss so regional für alle zugänglich und attraktiv gemacht werden.
- Zur Förderung der kulturellen Vielfalt und Weiterentwicklung die **Förderung einer lebendigen Kleinkunst- und Jugendkulturszene**.
- Zur finanziellen Entlastung von Jugendlichen beim Bestreben einer beruflichen oder akademischen Weiterbildung die **Anpassung der Studiengebühren** an die wirtschaftliche Situation.
- **Gewalt ist out, Frieden ist in**: Diskriminierungen, Ungleichbehandlungen sowie Chancenungerechtigkeiten und -ungleichheiten führen zunehmend zu sozialen Problemen bei Jugendlichen. Daher ist es wichtig, durch fachlich qualifizierte Gespräche mit ihnen den Ursachen auf den Grund zu gehen und Missstände möglichst zu beseitigen. Durch Gemeinschaftsprojekte mit der Frankfurter Polizei und geschulten Pädagogen müssen in Jugendzentren und Schulen Jugendliche präventiv über Gewalt, Drogen und Kriminalität aufgeklärt werden. Auch häusliche Gewalt muss ein Gehör finden. Jugendliche brauchen sichere Anlaufstellen, um dort adäquat betreut zu werden.
- **Den Jugendlichen Verantwortung übertragen**: Jugendliche können durch ehrenamtliches Engagement zur Verbesserung gesellschaftlicher Prozesse beitragen. Diese müssen mit entsprechenden Projekten gefördert werden. Beispiele sind: Umweltpflege, Essensausgabe für Obdachlose, Seniorenbetreuung z.B. beim Umgang mit moderner Kommunikationstechnik etc.

III. Soziale Sicherheit & Armutsbekämpfung

Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) vom 19. Dezember 1966, Artikel 11 Abs. 1 steht:

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.“

Dieser Pakt wurde am 23. Dezember 1973 von Deutschland Ratifiziert. Somit hat sich Deutschland hierzu verpflichtet Maßnahmen durchzusetzen unter anderem bezahlbarem und würdigen Wohnraum zu gewährleisten und einen angemessenen Lebensstandard zu bieten.

Deshalb wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Eine effektive Armutsbekämpfung mit einem **kommunalen Programm gegen Armut**. Es sollen einkommensschwache Familien, Rentner und alleinerziehende durch ein Basiseinkommen gezielt unterstützt werden.
- Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Mietwucher durch eine Höchstgrenze zu stoppen, durch **soziale Wohnungsbauprojekte**.
- Zweckgebundene Veräußerung von städtischen Grundstücken zum Bau von **bezahlbarem Wohnraum**.
- Die Erstellung eines **Quartiersmanagementkonzepts**: Mehrgenerationenwohnen, Jung und Alt, Familien und Singles sowie Alleinerziehende, Geringverdiener und Gutverdiener, Menschen mit Vielfalt gemäß der Bevölkerungsstruktur, Menschen mit Behinderung.
- **Kostenlose Nutzung von Bus und Bahn**: Verkehr entlasten durch ein kostenloses ÖPNV- & CITYBIKE-Ticket für Schüler, Azubis, Studenten, Rentner, Menschen mit Behinderung, Geringverdiener, Flüchtlinge und Touristen. Dadurch beheben wir nicht nur Staus, sondern tragen auch zum Umweltschutz und zur besseren Gesundheit bei.

Finanziert wird der kostenlose Nahverkehr durch die **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes**. Dadurch werden zum einen mehr Unternehmen sich in Frankfurt absetzen und die bereits bestehenden Unternehmen angeregt mehr zu produzieren. So wird wiederum mehr Geld in die Steuereinkassen gespült, aus dem wir nicht nur den kostenlosen Nahverkehr finanzieren, sondern international wettbewerbsfähige Unternehmen anlocken. Die Stadt Monheim am Rhein hat bereits diese Idee erfolgreich umgesetzt.

IV. Familien, Frauen und Senioren

Familien gestalten Zukunft!

Die Familie steht unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern. Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. Dies sind Sätze aus dem Deutschen Grundgesetz, welche wir fördern und fordern. Durch den Zerfall traditioneller Familienstrukturen muss der Staat immer mehr Hilfestellung anbieten. Zudem fordert die Berufswelt immer mehr Flexibilität von den Eltern. Daher ist es wichtig, dass die Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gestärkt werden. Erziehung der Kinder, Wertevermittlung sowie Pflege von Angehörigen müssen belohnt werden.

- **Familie als Stütze der Gesellschaft:** Eine Familie zu gründen, muss sich trotz Beruf und Wirtschaftskrise wieder lohnen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen am Arbeitsplatz oder Heimarbeitsplätzen sowie flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigungen stark gefördert werden. Die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten darf bei den Betroffenen nicht zu Karrierenachteilen führen.
- Die **bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie** durch familienfreundliche Arbeitszeiten und bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Teilzeit in Führungspositionen, sowie die Möglichkeiten für **Home-Office** ausbauen.
- **Familien finanziell entlasten:** Elternbeiträge für Kinder in Kindertagesstätten und in der Tagespflege müssen an die finanziellen Möglichkeiten der Eltern angepasst werden. Familien mit schwachem Einkommen sollen kostenfreie Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Stärkere steuerliche Entlastungen junger Familien mit Kindern und Alleinerziehender, sowie die Förderung sozialen Wohnungsbaus ermöglichen diesen Menschen eine adäquate, soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft.
- **Familien brauchen auch mal Coaching:** Finanziell benachteiligte Familien mit Kindern sollten bei Bedarf Beratungsangebote zur Kindererziehung, Familienmanagement sowie gesunde Ernährung in Anspruch nehmen können. Bei persönlichen, familiären und beruflichen Krisen sowie bei Schulschwierigkeiten ihrer Kinder brauchen Familien Anlaufstellen, bei denen sie individuell beraten werden können.

Frauen nach vorne!

- **Gleiche Chancen für alle Frauen:** Die volle Teilhabe und der gleiche Erfolg der Frauen auf dem Arbeitsmarkt müssen selbstverständlich sein. Wegen des in naher Zukunft geringeren Angebots an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften sind Wirtschaft und

Gesellschaft auf qualifizierte Mitarbeiterinnen angewiesen. Gefördert werden muss, dass Frauen unabhängig vom Familienstand entsprechend ihrer Qualifikationen am Erwerbsleben chancengleich teilhaben können. Ebenso sollen Berufsrückkehrerinnen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gezielt gefördert, qualifiziert und unterstützt werden. Leider sind sowohl in der Wirtschaft, als auch in Politik und Verwaltung Frauen in Führungspositionen in Frankfurt sehr rar. Dies zu ändern muss ein vorrangiges kommunales Anliegen sein.

- **Benachteiligung von Frauen stoppen:** Keine Frau darf wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder diskriminiert werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Bildung und Beruf. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen muss in allen Bereichen unserer Gesellschaft gelten. Vor allem in der Arbeitswelt steht Frauen gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zu. Die Politik muss konsequent handeln und Arbeitgeber für eine Verbesserung in diesem Bereich sensibilisieren.
- **Alleinerziehende Frauen brauchen mehr Unterstützung:** Wir fordern für alleinerziehende Frauen kostengünstige Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitbeschäftigung sowie Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum.
- **Jedwede Gewalt gegen Frauen ist kriminell:** Ganz gleich ob im häuslichen Bereich, oder im öffentlichen Leben: Frauen dürfen keine Gewalt erfahren! Vorhandene Frauenhäuser müssen von der Kommune finanziell stärker unterstützt werden. Anlaufstellen für diskriminierte Mädchen und Frauen müssen personell ausgebaut und qualifiziert besetzt werden. Durch verbesserte Bildungs- und Berufschancen sollten insbesondere junge Frauen mit Migrationshintergrund in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Senioren bieten Erfahrung!

Senioren sind ein wesentlicher und ständig wachsender Teil unserer Gesellschaft. Sie haben eine große Berufs- und Lebenserfahrung und in der Regel eine hohe soziale Kompetenz. Daher muss es ein Schwerpunkt der Frankfurter Politik sein, das große und vielfältige Potential der älteren Generation selbst bestimmt für die soziale Entwicklung unserer Stadt zu nutzen. Dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Senioren selbst.

Wir fordern den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Pflege- und Altersheimen. Auch wenn ein WLAN -bzw. Internetzugang meist kein Bestandteil eines Pflegevertrages ist, muss der Betreiber einer stationären Pflegeeinrichtung nach dem Hessischen Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) die Bewohnerinnen und Bewohnern bei der Teilhabe am Leben unterstützen. Dazu gehört auch der Kontakt zu Freunden und Verwandten.

Obwohl das seelische Wohlbefinden unserer Senioren uns am Herzen liegt, lässt die aktuelle Situation ein persönliches Treffen nicht zu. Das heißt aber nicht, dass wir tatenlos wie die etablierten Parteien herumsitzen und für sie nichts tun - Nein im Gegenteil! Durch

die Internetnutzung und der Bereitstellung eines Laptops oder Computers an einem zentralen Ort im Pflegeheim kann man so etwa ein digitales Treffen mit der Familie vereinbaren und das menschliche Bedürfnis unserer Senioren nach mehr Nähe und sozialen Kontakten befriedigen.

- **Senioren sind fit:** Die Potenziale von Senioren, auch in hohem Alter für sich und andere aktiv zu sein, sind hoch. Meist sind sie motiviert und bereit, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. In Zusammenarbeit mit entsprechenden Akteuren aus diversen Fachbereichen und bereitwilligen Senioren sollte ein Gesamtkonzept und verschiedene Projekte für die Stadt Frankfurt entwickelt werden. Zum Beispiel könnte man den Einsatz von Senioren in Ganztagschulen unbürokratisch fördern. Sie können Schülern Nachhilfe erteilen, Hausaufgaben betreuen sowie selbst von Schülern z.B. den Umgang mit dem Computer etc. erlernen.
- **Fortbildung kennt kein Alter:** Politik muss Senioren einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen und vielfältigen Lernangeboten ermöglichen, damit dem Wunsch der Senioren nach lebenslangem Lernen Rechnung getragen wird. Ein attraktives, förderungswürdiges Lernangebot ist die Fortbildung „Geragogik = Lernen im Alter“. Themen hierbei sind z.B.: Bildung im Alter, Lebensweisen und Kompetenzen im Alter, Partizipation im Alter, Biografiearbeit, Frauenbildung im Alter, Intergenerationelles Lernen, Internet. Seniorenbegegnungsstätten mit breitem Beratungsspektrum müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- **Gerechte Wohn- und Pflegeformen für Senioren:** Senioren sollten in familienpolitische Konzepte eingebunden werden. Hierzu sind auch wohnpolitische Maßnahmen, wie die Förderung und der Ausbau von integrativen Mehrgenerationenhäusern und betreuten Wohnprojekten, notwendig. Solche Projekte bringen das solidarische Miteinander und den Dialog der Generationen voran. Auch dem Bedarf älterer Migranten muss die Kommune gerecht werden. Ein wichtiges Projekt wäre z.B. die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens für ältere Migranten. Für diese Zielgruppe sind kultursensible Angebote und Dienste, in denen religiöse und kulturelle Unterschiede umfassend berücksichtigt werden, so gut wie nicht vorhanden. Daher ist es jetzt schon notwendig, den Anteil von Pflegekräften mit Migrationshintergrund zu erhöhen.
- **Pflegebedürftige Senioren dürfen nicht benachteiligt werden:** Hier sind kommunalpolitisch soziale Lösungen gefragt. Altersarmut oder andere Hindernisse dürfen bedarfsgerechten Pflegeleistungen nicht im Wege stehen. Vor allem die häusliche Pflege durch Angehörige oder durch ambulante Pflegedienste ist erstrangig zu fördern, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können. Auch die Pflege in Heimen muss würdig umgesetzt werden.

- **Keine Barrieren für Senioren:** Viele Einrichtungen in Frankfurt sind weder senioren- noch behindertengerecht. Daher müssen Hindernisse und Zugangsbarrieren beseitigt und sichere Verkehrswege für Fußgänger und Rollstuhlfahrer ermöglicht werden.

V. Gesundheit

Ein gesundes Miteinander setzt neben der seelischen und sozialen Gesundheit auch die körperliche Gesundheit voraus und gehen Hand in Hand. Aus diesem Grund möchten wir uns zum Thema Gesundheit in unserer Stadt Frankfurt für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen. Hierbei wollen wir uns auf zwei Themengebiete besonders fokussieren.

Pflege

Systemrelevante Sektoren stellen das Rückgrat einer funktionierenden Gesellschaft dar. Insbesondere der Pflegesektor muss hierfür neu evaluiert und gestärkt werden. Wir sprechen uns für den Ausbau der Pflege in allen Bereichen aus. Hierfür ist uns wichtig, dass auch das Pflegepersonal einen ihrer Relevanz entsprechenden Würdigung in ihrem Beruf haben.

Deshalb wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Den ***Fachkräftemangel in der Pflege*** bekämpfen, diesem durch attraktive und würdige Arbeitsbedingungen sowie durch angemessene Löhne entgegenwirken.
- Das Errichten und Fördern von ***kultursensiblen und mehrsprachigen Tagespflegeeinrichtungen, Alten- und Pflegeheimen***. Sprachliche und kulturelle Vielfalt der Senioren berücksichtigen!
- Der Ausbau von ***Tagespflegeeinrichtungen und Kurzzeitpflegeplätze***.

Ernährung

Man ist, was man isst. Insbesondere unsere Kinder und Jugend müssen mit gesunder Ernährung in Frankfurt aufwachsen können, welche sich auch nach ihren Bedürfnissen richtet. Kosten sollten hierbei keine Priorität haben, denn eine gesunde Ernährung ist die beste Investition für die eigene Gesundheit.

Deshalb wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Frankfurt als ***Bio-Stadt*** etablieren, als Vorzeigebild für gesunde Ernährung, Nachhaltigkeit und gerechter Tierhaltung.

- In öffentlichen Kantinen (Kindertagesstätten, Schulen, Verwaltungen) darf kein Fleisch aus Massentierhaltung, sondern lediglich **Biofleisch** angeboten werden.
- Zudem soll auf die einzelnen **kulturellen und religiösen Bedürfnisse** bei öffentlichen Kantinen eingegangen werden (koscher, halal, vegetarisch, vegan etc.).
- Studien belegen, dass über 60 Prozent der Lebensmittelabfälle in den Privathaushalten anfallen, so müssen wir **Kurse der Ernährungsbildung** an Schulen anbieten, um so die Kinder und Jugendliche in frühen Jahren zu einem pflichtbewussten Leben heranzuziehen.

VI. Umwelt, Energie & Verkehr

Unsere Umwelt ist wertvoll und schützenswert!

Eine gesunde Gesellschaft und eine ebenfalls gesunde Umwelt sind zwei Seiten derselben Münze. Jede politische Entscheidung, die getroffen wird, sollte unter der Prämisse des Umweltschutzes getroffen werden. Das betrifft neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch den intelligenten und nachhaltigen Ausbau unserer Infrastruktur und Verkehrssituation, insbesondere was den öffentlichen Nahverkehr betrifft.

Aus diesem Grund wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Den **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** mit Fördermitteln des Bundes. Busse müssen zudem klimatisiert und mit WLAN ausgestattet sein um den ÖPNV für Jung und Alt attraktiver zu gestalten.
- **Beschaffung von Elektrobussen** zur zeitgemäßen Personenbeförderung in unserer Stadt Frankfurt.
- Einführung eines **CO₂-gekoppelten Rabattsystems** für die Beschaffung von Jobtickets. Je umweltfreundlicher ein Unternehmen ist, desto höher fällt der Rabatt aus (bis zu 100%).
- **Eine saubere Umwelt bestimmt unsere Lebensqualität:** Frankfurt muss beim Klimaschutz vorbildhaft konsequente Schritte gehen. Diesbezüglich sollte die Kommunalverwaltung ein ökologisch, ökonomisch und ganzheitlich optimiertes Gesamtkonzept erstellen. Dazu gehören sowohl die Förderung von Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Solarthermie und Biogas im privaten und öffentlichen Sektor als auch Förderprogramme zur energetischen Sanierung von privaten und kommunalen Gebäuden in Frankfurt.
- **Umsetzung des „Masterplans 100 % Klimaschutz“:** Die Stadt Frankfurt hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2050 die gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energien

umzustellen. Der „Masterplan 100 % Klimaschutz“ kann nur mit Beiträgen aus der Stadtgesellschaft erreicht werden. Dafür müssen Einzelmaßnahmen umgesetzt werden, die die Beteiligung von Bürgern, Unternehmen, Energieversorgern, Wohnungswirtschaft, Hochschulen und Wissenschaft sowie anderen Akteuren voraussetzen. Es muss dafür gesorgt werden, dass in den Bereichen Wärme, Strom und lokaler Verkehr nicht nur der Verbrauch drastisch gesenkt wird, sondern es müssen auch Bedarf und Versorgung aufeinander abgestimmt und optimiert werden. Daher fordern wir, dass zur Umsetzung der Klimaschutzziele, die Heiztechniken wie Kraft-Wärme-Kopplung und Wärmepumpen sowie die Elektromobilität stark gefördert werden.

- Geeignete Dachflächen **kommunaler Liegenschaften mit Photovoltaik ausrüsten.**
- Mehr **Park & Ride sowie Bike & Ride-Plätze** schaffen an geeigneten Haltestellen, um die Verkehrssituation, insbesondere in der Frankfurter Innenstadt, zu entlasten.
- **Ökostrom fördern:** Alle öffentlichen Gebäude sollten mit Naturstrom versorgt werden.
- Eine Abwrackprämie bzw. eine **finanzielle Unterstützung für Fahrräder und E-Bikes** würde mehr Menschen anregen sich ein Zweirad anzulegen. Den Ankauf von **E-Bikes mit 30%** zu fördern, würde einen Beitrag zur Luftreinhaltung, zum Klimaschutz und zur Verkehrswende leisten. Somit würden Staus in der Innenstadt verhindert und die Gesundheit unserer Bürger gefördert. Städte wie München und Tübingen haben bereits diese Idee erfolgreich umgesetzt.
- Von der **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes für umweltorientierte Unternehmen** würde die Umwelt, somit wir alle profitieren.
- **Fahrrad fahren senkt den CO₂-Ausstoß:** Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel. Daher sollten in Frankfurt Aktionen gestartet werden, die die PKW-Fahrer dazu auffordern das Auto bei Kurzstrecken stehen zu lassen. Wenn ein Frankfurter Bürger mit dem Fahrrad pro Tag 20 Kilometer Arbeitsweg zurücklegt, sparen wir alle bei einem Durchschnittsverbrauch von 10 Litern auf 100 Kilometer rund 800 Kilogramm CO₂ im Jahr. Zudem hält Fahrradfahren fit. Öffentliche Einrichtungen und private Betriebe sollten ihre Mitarbeiter aufklären und sie zu einem „Bike-Day einmal im Monat“ motivieren.
- **Zeitung lesen in Bus und Bahn macht schlau:** Auch Bus und Bahn fahren spart CO₂. Daher sollte das Jobticket für Mitarbeiter von Verwaltung und Unternehmen attraktiver gestaltet und unbürokratischer vertrieben werden.
- **Bio-Produkte aus der Region helfen dem Klimaschutz:** Verbraucher sollten durch diverse Aktionen über Klimaschutz und Energiesparmaßnahmen besser informiert werden. Eine Aufrufaktion wäre z.B. biologisch erzeugte Lebensmittel aus unserer Region zu kaufen, da lange Transportwege überflüssige Emissionen verursachen.

VII. Vielfalt, Migration & Teilhabe

Wir wollen für unsere Wählerinnen und Wähler eine Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in allen Bereichen umsetzen und ausbauen. Jedwede Benachteiligung werden wir konsequent abbauen und die politische Teilhabe von Migranten in unserer Stadt Frankfurt fördern und ermöglichen.

Hierzu möchten wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Die **Interkulturelle Qualifizierung** von Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Insbesondere die Frankfurter Außenstelle des BAMF und die Ausländerbehörden können hiervon stark profitieren.
- Ein **kommunales Wahlrecht für alle**. Wenn bereits EU-Bürger dieses Wahlrecht haben, sollten auch Bürger mit anderen Nationalitäten dieses Wahlrecht erhalten. Ihre Meinung ist nicht weniger wert als die Meinung anderer Frankfurter Bürgerinnen und Bürger.
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung strategisch umsetzen: Durch einen **Migrantenförderplan** die kulturelle Vielfalt in Führungsebene erhöhen.
- **Interkulturelle Gründungsberatung** und Netzwerke für Unternehmer. Dies fördert den Außenhandel und eröffnet Möglichkeiten Frankfurt für internationale klein- und mittelständische Unternehmen attraktiver zu machen. Daher Ressourcen nutzen, Angebote bedarfsgerecht gestalten und Vielfalt als Chance erkennen!
- Flüchtlinge durch **freiwillige Paten** in unsere Gesellschaft eingliedern, sowie Flüchtlingskinder und schulpflichtige Jugendliche besser in Bildungs- und Ausbildungsprozesse integrieren.
- Die **Einbindung von kulturellen Festen** in Frankfurt.

Antidiskriminierung, Antirassismus & Sicherheit

Wir wollen für unsere Wählerinnen und Wähler ein noch sichereres Frankfurt schaffen. Kein Frankfurter darf sich in Frankfurt unsicher fühlen, sei es zur Tageszeit oder zu den Abendstunden. Hierbei setzen wir uns auch für eine aktive Bekämpfung von Rassismus und das Abbauen von Diskriminierung in unserer vielfältigen und besonderen Stadt Frankfurt ein.

Hierzu möchten wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Ein **kommunales Antidiskriminierungsbüro** in allen Stadtbezirken einrichten: Jedweder Diskriminierung und dem Rassismus muss aktiv und konsequent entgegengewirkt werden. Hierfür benötigen unsere Bürgerinnen und Bürger eine Anlaufstelle.
- **Mehr Sicherheit** für Frankfurter Bürgerinnen und Bürger: Wir fordern **Präventionsmaßnahmen** und **Schutz** für religiöse Einrichtungen, Geschäfte, Gastronomie, Schulen und Wohngebiete vor Rassismus, Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Deutschenfeindlichkeit. Ein Attentat, wie in Hanau oder Halle, soll so verhindert werden.
- Ein Maßnahmenplan zur **Minderung von Diskriminierungen** auf dem Bildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt erstellen. Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen ermöglichen.
- Mehr **Sicherheit in Hotspots**, wo im erhöhten Maße kriminelle Aktivitäten stattfinden. Dem kann beispielweise durch eine starke Ausleuchtung dieser Hotspots entgegengewirkt werden. Wir sehen die Überwachung über Kameras als letztes Mittel und es müssen alternativ Maßnahmen vorher eruiert werden.

VIII. Kultur, Teilhabe und Dialog

Kultur bedeutet Lebensqualität!

- **Kultur muss für jeden zugänglich sein:** Ob jung oder alt, arm oder reich, männlich oder weiblich, In- oder Ausländer, die Kunst sollte allen Menschen in unserer Stadt zugänglich gemacht werden. Denn Kultur stiftet Identität, schafft Bildung und bedeutet soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft. Kultur ist somit ein wichtiger Teilhabefaktor. Daher ist es als kommunalpolitische Aufgabe wichtig, das vielfältige Kulturangebot in unserer Stadt zu schützen und zu fördern. Die finanziell schwierige Haushaltslage in Frankfurt darf auf diesem Gebiet nicht zu Abstrichen führen. Dem Kulturred der Stadt Frankfurt fallen hierbei wichtige Aufgaben zu. Zum einen muss es bestehende Kulturangebote erhalten, zum anderen private Gelder für neue Kulturprojekte akquirieren. Grundlage solcher Public Private Partnerships könnte ein professionelles Fundraising bilden, wie das im angelsächsischen Kunst- und Kulturbetrieb bereits die Regel ist.
- **Kultur braucht Pflege und Unterstützung:** Sowohl die Museumslandschaft als auch die freien Träger der bildenden Kunst müssen gepflegt und gefördert werden. Das Kulturred sollte zudem freien Künstlern helfen, Mittel zur Finanzierung ihrer Projekte beschaffen zu können. Auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Kulturanbietern und Schulen soll intensiviert werden, um u.a. die Kulturarbeit durch pädagogische Konzepte für Kinder

und Jugendliche zu fördern. Ebenso müssen Nachwuchskünstler sowie freie Träger von der Kommune finanziell stärker unterstützt werden.

- **Interkulturelle Kulturangebote fördern:** Das interkulturelle Potenzial von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollte gezielt gefördert werden. Es ist wichtig, ihren Begabungen Raum zu geben und Ihnen damit zu bekunden, dass sie ein Teil unserer Gesellschaft sind. Ebenso sollten Kulturträger vermehrt Angebote für diese Zielgruppe machen.

Migranten sind unsere Nachbarn!

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein mittel- bis langfristiger interaktiver Prozess und bedeutet für uns in erster Linie die gleichberechtigte Teilhabe Aller am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben. Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit sind Voraussetzungen für eine gerechte Teilhabe.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer politischen Arbeit wird es sein, die Teilhabe in Frankfurt mitzugestalten. Wir setzen uns für die Bewahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft durch Abbau von Vorurteilen ein. Die Förderung des Dialogs ist für uns eine Herzensangelegenheit.

Wir fordern die zügige weitere Umsetzung des Integrations- und Diversitätskonzeptes der Stadt Frankfurt, sowie die finanzielle Unterstützung für Erfolg versprechende Integrationsprojekte.

Jedwede Art von Diskriminierung, Ungerechtigkeit, Extremismus, Fanatismus, Terrorismus, sowie Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab.

Integration bedeutet für uns weder Assimilierung noch Separierung! Sie bedeutet für uns:

- **Sprachliche Teilhabe:** Eine gute Sprachkompetenz ist der Schlüssel für eine qualifizierte und erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn. Daher ist es sehr wichtig, die deutsche Sprache bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund frühzeitig intensiv zu fördern. Diese Förderung sollte schon in Kindergärten beginnen. Dabei sollte die Förderung der Herkunftssprache nicht vernachlässigt werden, denn der sichere Umgang mit der Herkunftssprache erleichtert den Erwerb der deutschen Sprache wie auch weiterer Fremdsprachen. Die Mehrsprachigkeit bei Migranten sehen wir in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung als eine wichtige Chance. Die Unterstützung zweisprachiger Förderansätze ist auch deswegen sinnvoll, weil sie die Familiensprache und damit die mehrsprachige Entwicklung von Kindern stärkt und die Eltern in die gemeinsame Erziehungsverantwortung einbezieht. Z.B. ist das Rucksack-Programm zur Sprachenförderung und Elternbildung, das zurzeit in manchen städtischen Kindertageseinrichtungen in NRW durchgeführt wird, hierfür ein gutes Beispiel. Programme zur Förderung der deutschen Sprache, zur Stärkung der allgemeinen

Entwicklung und der Sprachkompetenz in der Muttersprache, sowie zur Förderung einer interkulturellen Erziehung und der Integration in Gesellschaft und Institutionen der frühkindlichen Bildung, sind hierfür gute Beispiele. Wir unterstützen die Ausweitung der vorhandenen Programme in Frankfurt.

- **Teilhabe durch Bildung:** Projekte zur Förderung der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung von Migranten müssen konsequent umgesetzt werden.
- **Berufliche Teilhabe:** Auch hier gilt es Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung zu gewährleisten. Adäquate Ausbildungs- und Berufsberatung für Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte sind von Fachkräften mit interkultureller Kompetenz zu bewältigen. Die Kommune ist aufgefordert, zielgerichtete Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung für diese Zielgruppen zu initiieren, um ihnen positive Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die Wirtschaftsförderung und die IHK sind aufgefordert, Existenzgründer gezielt zu beraten und zu betreuen. Darüber hinaus darf kein Bürger in Frankfurt wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden.
- **Soziale Teilhabe:** Die Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten und Aufgaben ist eine wichtige Bedingung um sich heimisch fühlen zu können.
- **Mentale Teilhabe:** Kulturelle Unterschiede sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Nachbarschaftlichkeit und das „WIR-Gefühl“ statt „Wir und Ihr“ sowie der Dialog auf Augenhöhe muss auf allen Ebenen unserer Gesellschaft gestärkt werden. „Vielfalt statt Einfalt und trotzdem eine Einheit“ ist unser Motto!
- **Sicherheit ist wichtig - Frieden auch! Ordnung muss sein - Fairness auch!:** Die Bewahrung des sozialen Friedens und die Beachtung der Gesetze sind Voraussetzungen für ein harmonisches Miteinander.
- **Mit Migranten reden statt über Migranten:** Das Integrationskonzept der Stadt Frankfurt sollte mit den entsprechenden Vertretern der Migrantenorganisationen innerhalb von Arbeitsgruppen besprochen werden.
- **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung:** Die Stadtverwaltung ist gut damit beraten, Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen und ihren Mitarbeitern Fortbildungsprogramme für den Erwerb interkultureller Kompetenzen anzubieten.
- **Lieber Hinsehen als Wegsehen:** Diskriminierungen, ganz gleich welcher Art, dürfen in unserer Stadt nicht hingenommen werden. Wir fordern die dringende Einrichtung von Antidiskriminierungsbüros als Anlaufstellen für Betroffene.

- **Flüchtlingen in Frankfurt würdige Lebensbedingungen bieten:** Gesundheitsschutz, Kinderbetreuungsplätze sowie der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt müssen für eine internationale Stadt wie Frankfurt selbstverständlich sein.
- **Städtische Fördermittel gerecht verteilen:** Bedarfsgerechte Förderung der **Migranten- und Sportvereine** sowie deren Qualifizierung als Beratungsstelle für Unterstützung ihrer Mitglieder bei behördlichen Fragen.

Dialog stärkt den Frieden!

- **Frankfurter sind weltoffen, fair und freundlich:** Dies soll auch so bleiben. Umso mehr ist es von Bedeutung, den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Ohne einen aufrichtigen Dialog ist der soziale Frieden zerbrechlich. Die beste Sicherheitsvorkehrung bringt nichts, wenn der Staat nicht in allen Bereichen des Lebens Gerechtigkeit gewährleistet, sie nicht entschieden schützt und stärkt. „Gleiche Rechte für Alle und Dialog auf Augenhöhe“ sollte das Motto einer gerechtigkeits- und friedensorientierten Verwaltung sein. Fairness und freundlicher Umgang unter den Frankfurter Bürgern, muss sowohl von privaten als auch von kommunalen Organisationen unterstützt und mit entsprechenden Projekten gefördert werden.
- **Zum Dialog gehört auch der Dialog der Religionen:** In Frankfurt sind eine Vielzahl von Religions- und Glaubensgemeinschaften zu Hause. Um ein besseres, gegenseitiges Verständnis unter den Frankfurter Bürgern zu fördern, ist der interreligiöse Dialog unverzichtbar. Dieser Dialog sollte das Vorhandensein gemeinsamer, universaler Werte und Rechte voraussetzen, die wechselseitig anerkannt werden. Dialog bedeutet zu informieren, aufzuklären, zu sensibilisieren und sich kritisch mit dem „Fremden“, aber auch dem „Eigenen“ auseinander zu setzen. Dabei muss das Ziel sein, Vorurteile zu überwinden, Ausgrenzung zu verhindern und Teilhabe zu unterstützen.

Wir fordern, dass bürgerliche Engagements von der Kommune unterstützt und öffentlich bekannt gemacht werden sollten.

- **Bitte keine falsche Toleranz:** „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen“ so Goethe. Diesem Grundsatz schließen wir uns vollkommen an. Denn nichts ist kränkender als geduldet zu werden. Frankfurt ist Heimat für alle Menschen, die in Frankfurt leben. Unser Grundgesetz verlangt, dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Die Andersartigkeit von Mitbürgern kann als kulturelle Bereicherung aufgefasst werden und sollte nicht zur Ausgrenzung führen.

IX. Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Finanzen

Die Corona-Maßnahmen der etablierten Politik haben dazu beigetragen, dass die nächste Pleitewelle vorprogrammiert ist. Viele Bürger fürchten um ihre Existenz, daher ist es von großer Dringlichkeit, präventiv kommunalpolitische Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der Standortwirtschaft in Frankfurt zu ergreifen.

Frankfurt muss wirtschaftlich stark bleiben!

Frankfurt muss für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin einen attraktiven Arbeitsmarkt anbieten. Neben den Traditionsarbeitsgebern in Frankfurt ist es uns wichtig auch andere Möglichkeiten für unsere Bürgerinnen und Bürger zu eruieren. Zudem ist es uns wichtig, die finanzielle Lage unserer Stadt zu verbessern.

Aus diesem Grund, möchten wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Den **Schuldenabbau der Stadt**, durch Senkung der städtischen Ausgaben, sowie durch eine gezielte und attraktive Wirtschaftsförderung. Vor allem die Reduzierung der Kosten für externe Berater und Gutachter spielt eine wichtige Rolle.
- Die **Verschlinkung der Verwaltungsspitzen** durch Zusammenlegung von Dezernaten, Ämtern und Dienststellen.
- Zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Frankfurt für bestehende und neue Unternehmen die **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes**. Dies würde insbesondere Kleinunternehmer entlasten und fördert die Gründung von Start-Ups. Zudem schafft dies **mehr Arbeitsplätze**.
- **Die Veräußerung von unrentablen und leerstehenden Liegenschaften** der Stadt Frankfurt, zur Reduzierung der hohen Unterhaltungskosten.
- **Frankfurt als Gastgeber für internationale Konferenzen und Messen** ausbauen, insbesondere im Bereich der Umwelt-, Informations- und Kommunikationstechnologie.
- Die besondere **Förderung von innovativen und nachhaltigen Wirtschaftszweigen**.
- Nachhaltige Maßnahmen zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**.
- **Frankfurt ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort**: Damit dies so bleibt, ist es wichtig, bestehende Wirtschaftszweige zu pflegen und einige neu anzusiedeln. Dafür brauchen wir ein investorenfreundliches Klima in Frankfurt. Zudem müssen kleine und mittelständische Unternehmen gezielt gefördert werden, denn letztendlich tragen sie

maßgeblich zur Wirtschaftskraft bei und sie schaffen und sichern Arbeitsplätze. Daher fordern wir verstärkt die Förderung von Existenzgründungen sowie die Schaffung eines Gründungs-, Innovations- und Technologiezentrums. Der Frankfurter Wirtschaftsförderung fällt hierbei eine wichtige Rolle zu. Denn sie muss dieses Projekt begleiten und Gründern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ebenso muss die Entwicklung und der Ausbau des Wirtschaftssektors Tourismus- und Kongresswesen unterstützt werden.

- **Standortmarketing optimieren:** Um Frankfurts Internationalität ausbauen und besser vermarkten zu können, ist ein konzeptionell effizientes Standortmarketing notwendig. Die Wirtschaftsförderung ist hierbei gefordert, mit diversen Wissenschaftseinrichtungen und anderen Wirtschaftsförderungen in der Region zu kooperieren. Denn heutzutage sind Kommunen nur konkurrenzfähig, wenn sie strukturell in Wirtschaftsregionen mit optimalen Voraussetzungen eingebettet sind. Für dieses wichtige Projekt müssen seitens der Kommune EU-Fördermittel eingeworben werden.
- **Die Wirtschaft muss mehr Verantwortung übernehmen:** Frankfurter Unternehmen müssen gemeinsam mit der Stadt Frankfurt, der Bundesagentur für Arbeit sowie der IHK nachhaltige Programme zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit entwickeln. Betroffen sind meist Jugendliche mit schlechten Schulabschlüssen oder ohne Schulabschlüsse, Arbeitslose mit Migrationshintergrund sowie Langzeitarbeitslose. Ziel der Politik muss aber auch sein, bestehende Arbeitsplätze zu sichern.

X. Wissenschaft

Frankfurt als Wissenschaftsstandort stärken!

- **Moderne Lehre und Forschung bestimmen die Zukunft unserer Stadt mit:** Die Stadt Frankfurt ist gefordert, enger mit der Universität zusammenzuarbeiten, um von ihrer wissenschaftlichen Kompetenz besseren Nutzen für kommunale Belange ziehen zu können. Auch sollte es ein kommunales Anliegen sein, den weiteren Ausbau von Forschungseinrichtungen voranzutreiben, sowie nationale und internationale Forscher nach Frankfurt zu holen. Durch eine stetige Kooperation zwischen der Frankfurter Wirtschaftsförderung, der Universität mit ihren Fakultäten, der IHK und Frankfurter Unternehmen sind Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich zu fördern.
- **Studieren in Frankfurt attraktiv gestalten:** Der Ausbau von günstigem und bedarfsgerechtem Wohnraum in der Nähe universitärer Einrichtungen muss vorangebracht werden. Ausreichende und sichere Fahrradabstellplätze in der Nähe von Hochschuleinrichtungen, an den Bus- und Bahnhaltstellen sollen errichtet werden.
- **Wissenserwerb darf nicht verhindert werden:** Der ungehinderte Zugang zu Bildung und Wissen sollte ein Grundrecht für alle Menschen sein. Eine allgemeine Erhebung von

Studiengebühren stellt für viele Menschen ein Hindernis dar. Daher fordern wir für finanziell schwach situierte Studenten die drastische Senkung der Semesterbeiträge. Vor allem fordern wir eine Unterstützungskasse für bedürftige ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern. Denn im Schnitt müssen diese mit einem deutlich geringeren Budget zurechtkommen als ihre deutschen Kommilitonen: Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks haben sie mit 776 Euro im Monat fast 142 Euro weniger zur Verfügung.

XI. Digitalisierung, Forschung, Technologie & Innovation

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten das Land der Innovation und Technologie. Seit dem Wiederaufbau, hat Deutschland sich diesbezüglich International mit harter einen Vorsprung ausbauen können. Diesem Vorsprung haben wir unseren Wohlstand zu verdanken. Nicht umsonst war Deutschland mehrere Jahre Exportweltmeister, „Made in Germany“ sei Dank. Diesen Vorsprung gilt es zu schützen und zu fördern.

Deshalb wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- Die gezielte Förderung von **regionaler Forschung und Entwicklung**, sei es in Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen oder Unternehmen.
- Der **federführende Ausbau** von Forschungsthemen wie Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Industrie 4.0.
- Formulierung **Grundprinzipien bei der regionalen Förderung**, die sich insbesondere auf die Nachhaltigkeit, öffentlichen Verfügbarkeit (Open-Source/-Access), Ethik, Datenschutz und Allgemeinwohl fokussiert.
- Den **Ausbau von Synergien** zwischen der Wirtschaft und Forschung, sodass die Erkenntnisse auch in der Praxis umgesetzt werden können.
- **Verantwortungsvolle Digitalisierung** verantwortungsvoll einsetzen, Datenmonopole verhindern und die Daten der Bürgerinnen und Bürger schützen, insbesondere bei der Vergabe von 5G-Hardwarebeschaffungen.
- **Ausweitung der Digitalisierung der Behörden**, um die Bürokratie zu reduzieren und Prozesse effizienter zu gestalten.
- **Freies WLAN** in der City und in öffentlichen Verkehrsmitteln für Alle einführen.

XII. Frieden und Gerechtigkeit sind kein Luxus sondern ein Muss!

Frieden und Gerechtigkeit sind nicht teilbar!

Auf diese haben Jedermann/Jede Frau immer und überall gleichermaßen Anspruch.

- **Die schönste Frucht der Gerechtigkeit ist Frieden:** Durch eine Neuentwicklung von sozialer Marktwirtschaft kann Phänomenen wie Armut, Hunger, Krankheiten sowie schlechten Bildungschancen und sozialen Ungerechtigkeiten wirksam vorgebeugt werden. Diese später zu bekämpfen ist schwieriger, teurer und belastet den sozialen Frieden wesentlich mehr als wirkungsvolle präventive Maßnahmen. Ein würdiges Leben in Gesundheit und Frieden muss Vorrang haben vor den Wirtschaftsinteressen multinationaler Konzerne. Wirtschaft und Politik sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Eine verantwortungsbewusste Gesellschaft sollte dafür Sorge tragen, dass einer totalen Vermarktung von Mensch und Natur und der damit verbundenen immer größeren Schere zwischen Arm und Reich Einhalt geboten wird. Wir fordern, dass öffentlich finanzierte Konjunkturprogramme soziale Schwerpunkte setzen müssen, zum Beispiel im Bildungsbereich.
- **Frieden praktizieren:** Damit der Friede gelingt, fordern wir eine Kultur der Fairness, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung sowie einen verantwortungsvollen und würdevollen Umgang miteinander: aufrichtig und differenziert, nicht polemisch, sondern konstruktiv. **Die Devise kann nur lauten: nicht spalten, sondern vereinen, nicht verurteilen, sondern VERSTEHEN!**